UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES OCT 1 1936 LIBRARY

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 21. September	Nr. 1221

Tagung des Deutschen Buchdruckervereins in Bad Ems.

Bad Ems, 20. September. Die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins fand am Sonnabend in Bad Ems statt. Rund 1100 Mitglieder und Gäste nahmen an den Veranstaltungen teil. In den Mittelpunkt der fachlichen Beratungen war die seit einem Jahr bestehende Marktregelung für das graphische Gewerbe gestellt worden. Eine Ausstellung „Deutsche Druckkunst“, die zu einer feststehenden Einrichtung der Jahrestagungen geworden ist, gibt einen umfassenden Ueberblick über die Verbandsarbeit. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden Albert Fritsch-Berlin an die zahlreichen Ehrengäste überbrachte Ministerialdirektor Dr. Pohl die Grüße des Reichswirtschaftsministers Dr. Schacht. In seiner Ansprache hob Dr. Pohl die vorbildliche Arbeit des Deutschen Buchdruckervereins hervor. Nach weiteren Ansprachen des Leiters der Wirtschaftsgruppe Druck und Papierverarbeiter, Dr. Seeliger-Leipzig, und des Prof. Dr. Lüer wurde die Ausstellung „Deutsche Druckkunst“ eröffnet.

Hierl an ausscheidende Arbeitsdienstmänner.

Landsberg (Warthe), 20. Sepetmber. Die Landschaft rund um die Loppower Schanze bot den rechten Rahmen für die Entlassungsfeier, die am Sonntag vormittag der Reichsarbeitsdienst dort veranstaltete. Auf der Schanze erhebt sich ein Mahnmal, das stetig wächst. Stein fügt sich zu Stein, und in jedem wird in kurzen Worten eingemeißelt, was die Gruppe 86 des Reichsarbeitsdienstes leistete.

650 Arbeitsdienstmänner, die ihr halbes Pflichtjahr abgedient haben und nun zur Entlassung kommen, standen noch einmal unter dem blinkenden Spaten, den sie in freudigem Einsatz so oft geführt haben, um Neuland für Deutschland zu erobern oder Land zu verbessern. An der Feier nahm der gesamte Reichsarbeitsdienst in vielen hundert Lagern teil; die Feier wurde auf den Deutschlandsender übertragen.

Reichsarbeitsführer **Hierl** richtete am Schluß der erhebenden Feierstunde eine Ansprache an die Männer des Reichsarbeitsdienstes, in der er zunächst an den Tag des Arbeitsdienstes in Nürnberg erinnerte. Der Reichsarbeitsführer forderte die Arbeitsdienstmänner auf, die Worte im Herzen zu bewahren, die der Führer für seinen Reichsarbeitsdienst gefunden habe. „Vergeßt nie das Gelöbnis“, so sagte Hierl u. a., „das Eure Kameraden auf dem Zeppelinfeld für Euch alle abgelegt haben, das Gelöbnis: „Unser ganzes Leben soll ein großer Arbeitsdienst für Deutschland sein.“ Wohin Euer weiterer Lebensweg führen mag, tut Eure Pflicht für Euer Volk als ganze deutsche Männer. Und so wie Ihr im Arbeitsdienst gute Kameraden wart, so haltet auch gute Kameradschaft als Glieder unserer großen deutschen Volksgemeinschaft und zwar nicht nur bei Festen, sondern auch im Alltag und vor allem in schweren Zeiten. Der Glaube an unseren Führer und an die ewigen Werte unseres Volkes hat Deutschland aus Erniedrigung und Schande wieder zu Ehren gebracht. Laßt Euch diesen Glauben durch nichts und niemand mehr rauben. Der Reichsarbeitsführer schloß, nachdem er den Kameraden seine Wünsche für ihren weiteren Lebensweg ausgesprochen hatte, mit einem begeistert aufgenommenen Heil Hitler!“

Blum über die innerpolitische Lage Frankreichs.

Paris, 20. September. Auf einer Kundgebung der Sozialistischen Partei am Sonntag im Stadion von Poissy bei Paris sprach Ministerpräsident Léon Blum über die innerpolitische Lage Frankerichs. Es handele sich heute darum, so erklärte er, die von der Kammer verabschiedeten Sozialgesetze zu verwirklichen. Beim Wiederzusammentritt des Parlaments werde die Regierung neue Vorschläge einbringen, so ein Gesetz zur Schaffung eines Nationalfonds für die Unterstützung der Arbeitslosen und ein Gesetz zur Schaffung einer Landesversicherung gegen Schäden in der Landwirtschaft. Die praktische Durchführung der Sozialpolitik der Regierung stoße selbstverständlich auf Schwierigkeiten. Die Regierung habe das aber im voraus gewußt. Sie habe beispielsweise gewußt, daß die Aufwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine Preissteigerung nach sich ziehen würde. Er hoffe aber, daß sich diese Preissteigerung nicht auf die notwendigsten Nahrungsmittel ausdehnen werde. Die Regierung habe die materiellen Voraussetzungen für die Wirtschaftsankurbelung und die Steigerung der Nachfrage geschaffen, die sich in einer Erhöhung der Erzeugung ausdrücke. Bedauerlich sei, daß die Bemühungen immer noch von manchen Seiten gestört würden. Die französische Regierung habe alles getan, so erklärte Blum weiter, um gewisse Befürchtungen, wonach der europäische Friede in Gefahr sei, zu zerstreuen; sie beständen aber weiter. Er sei überzeugt, daß die Wiederankurbelung der Wirtschaft nur dann möglich sei, wenn man in einer gesunden und ruhigen internationalen Atmosphäre lebe.

Der Ministerpräsident kam dann auf die Arbeitsstreitigkeiten zu sprechen und sagte, man habe die Regierung vor die Wahl stellen wollen, entweder gewisse Dinge zu dulden oder aber mit Gewalt vorzugehen, um auf diese Weise die Fühlung zwischen der Regierung und den Arbeiterklassen zu zerstören. Dies sei das Ziel der Gegner der Regierung gewesen. Blum wandte sich deshalb an alle in der Volksfront vereinigten Parteien und erklärte, daß sie durch harte Arbeit schon über große Schwierigkeiten hinweggekommen seien. Man müsse nun mutig auch die noch vorhandenen Hindernisse aus dem Wege räumen.

Nach den Ausführungen Blums wurde von der Menge die Internationale gesungen.

Der Ministerpräsident begab sich nach seiner Rede nach Paris zurück, wo er in den Abendstunden mit dem englischen Außenminister Eden die angekündigte Besprechung hatte.

Die Unterredung Blum—Eden.

Paris, 20. September. Die Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Blum und dem Außenminister Eden dauerte etwa eineinhalb Stunden. Eine amtliche Verlautbarung hierüber wurde nicht veröffentlicht.

Blum empfing jedoch die Presse und erklärte, er habe mit Eden die gesamte politische Lage geprüft und besonders die Fragen, die in Genf auf der Tagesordnung ständen. Die Unterredung habe sich ferner auf die Vorbereitung der Fünf-Mächte-Konferenz bezogen. An dieser Konferenz würden zunächst nur diejenigen Länder teilnehmen, die den Locarnopakt unterzeichnet hätten. Sollten jedoch Fortschritte erzielt werden, so sei eine Ausdehnung auf andere Mächte nicht ausgeschlossen.

Eine Frage, ob er mit Eden über die deutsch-russischen Beziehungen gesprochen habe, verneinte der französische Ministerpräsident. Er erklärte, daß auch die Reform des Völkerbundes nur beiläufig erwähnt worden sei. Außerdem glaube er nicht, daß auf der gegenwärtigen Tagung in Genf auf diesem Gebiet etwas Entscheidendes geschehen werde.

Abschließend erklärte Blum, daß er sich Ende der Woche wahrscheinlich im Flugzeug nach Genf begeben werde.

Pressestimmen zur Genfer Tagung.

Rom, 21. September. Unter der Ueberschrift „Letzte Gäste“ erklärt **Voce d'Italia**, die Posse der Anwesenheit der Vertreter des Negus werde wohl nur von kurzer Dauer sein. Ausdrücklich betont der Aufsatz dann, daß Italien nicht die Anerkennung der italienischen Souveränität über Abessinien fordere. Wesentlich sei, daß Italien Abessinien besetzt habe und nicht mehr weichen werde. Die internationale Anerkennung dieser Tatsache sei eine Frage zweiter Ordnung und werde mehr die anderen Länder als Italien selbst interessieren. In der Tat könne von italienischer Seite nicht eine Anerkennung von Rechten und Interessen anderer Länder in Abessinien erfolgen, solange nicht zuvor die italienische Herrschaft in Abessinien eindeutig anerkannt worden sei. Die Anwesenheit von abessinischen Vertretern in Genf habe keinen Wert mehr. Solange sie dort geduldet werde, müsse Italien fernbleiben.

Die Genfer und Pariser Korrespondenten sämtlicher römischen Blätter unterstreichen, daß die Mitarbeit Italiens in Genf als notwendig erwünscht und erhofft werde. Es zeige sich deutlich, daß der Völkerbundsrat es im jetzigen Augenblick vermeide, so läßt sich **Voce d'Italia** berichten, wichtige Fragen zu erörtern, die man hoffe, binnen kurzem in Gegenwart Italiens verhandeln zu können. Besonders für die Vorbereitung der Fünfmächtekonferenz, so betont der Pariser Korrespondent des gleichen Blattes, werde die Anwesenheit der italienischen Delegation als wertvoll betrachtet.

Paris, 20 September. Die Aufmerksamkeit der Sonntagspresse gilt der am Montag beginnenden Tagung der Völkerbundsversammlung. Das Interesse der Blätter richtet sich aber mehr auf die neben den eigentlichen Völkerbundsarbeiten hergehenden Besprechungen des französischen Außenministers Delbos mit den Vertretern der verschiedenen ausländischen Abordnungen.

Der nach Genf entsandte Sonderberichterstatter des **Petit Parisien** bemerkt, aus den ersten in Genf erfolgten Fühlungnahmen gehe hervor, daß die diplomatische Tätigkeit Frankreichs in den kommenden Wochen und Monaten sich in enger Fühlung mit den französischen Verbündeten in Mittel- und Osteuropa entwickeln werde. Die Unterredung zwischen Delbos und Litwinow habe sich auf die letzten Ereignisse, besonders auf den spanischen Bürgerkrieg, die Haltung Deutschlands und auf die Vorbereitung der Fünfmächtekonferenz bezogen. Auf Grund der Fühlungnahme mit dem Vertreter Jugoslawiens habe man feststellen können, daß die drei Länder der Kleinen Entente ihrer Außenpolitik vollständig treu blieben. Sehr wichtig sei auch die Unterredung zwischen Delbos und dem polnischen Außenminister gewesen.

Der Sonderberichterstatter des **Matin** beschäftigt sich u. a. mit der Frage der Zulassung einer abessinischen Abordnung zur Vollversammlung und will von zwei Vorschlägen wissen, die der Vollversammlung unterbreitet werden sollen. Der eine beantrage die einfache Zurückziehung der Abgesandten Haile Selassies, was der Ansicht der Mehrheit entspräche. Der andere Vorschlag gehe von gewissen latein-amerikanischen Staaten aus, die mit sehr viel Eifer die Zulassung Abessiniens verträten.

Dem nach Genf entsandten Außenpolitiker des **Journal**, St. Brice, erscheint die Tatsache, daß Oberst Beck in einer privaten Sitzung für sein Land die Zulassung in den Mandatsausschuß des Völkerbundes gefordert habe, besonders bemerkenswert, da sie das Interesse Polens an der Mandatsfrage bekunde. Andererseits habe Oberst Beck sofort nach seiner Ankunft in Genf eine Besprechung mit dem neuen rumänischen Außenminister gehabt, was sehr bezeichnend sei, wenn man sich daran erinnere, daß ein Bündnis zwischen Rumänien und Polen bestehe, das zwar durch die sowjetrussischen Umtriebe gestört gewesen sei, aber jetzt wieder bestärkt werden solle. Zu der Aussprache zwischen Delbos und Litwinow erklärt St. Brice, daß die Sowjetdiplomatie nun nach der Rede Léon Blums über die Bündnistreue Frankreichs genau unterrichtet sei. Das heikle Problem liege in den Mißverständnissen zwischen den Ostnationen, die möglichst bald beseitigt werden müßten.

Im **Echo de Paris** stellt Pertinax resignierend fest, daß noch vor einem Jahr das ganze internationale Leben von den Genfer Aussprachen beherrscht worden sei. Das sei heute nicht mehr der Fall. Die Entwicklung der Dinge sei dem Völkerbundsrat und der Vollversammlung entglitten.

Polen und die Mandatsfrage.

Warschau, 20. September. Die Erklärung des polnischen Außenministers Beck in der Sitzung des Völkerbundsrates, in der er für eine Erweiterung des Mandatsausschusses eintrat, wird von der polnischen Presse als Bekundung des starken polnischen Interesses an Kolonialfragen lebhaft begrüßt.

So schreibt der Genfer Berichterstatter der **Gazeta Polska** u. a., für die kommenden Historiker der polnischen Politik werde die Becksche Erklärung den bescheidenen Beginn einer neuen Aktion auf internationalem Boden bedeuten. Die Erklärung sei der erste Schritt auf dem Wege gewesen, der zur Anerkennung der natürlichen demographischen Rechte Polens führe. Man dürfe diesen Schritt nicht als zu eng umgrenzt und konjunkturbedingt ansehen. Polen liege nicht nur an der Möglichket, seine Stimme in der Frage der Ansiedlung polnischer Staatsangehöriger in Palästina zu erheben, sondern Polen habe in allen Fällen viel zu sagen, bei denen international das große Problem der wachsenden Bevölkerungszahl besprochen werde.

Litwinows Aktivität in Genf.

Moskau, 19. September. Einer Taßmeldung aus Genf zufolge entfaltet der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow am Völkerbundssitz größte Aktivität. Im Laufe des Tages empfing Litwinow die türkische Abordnung und anschließend den spanischen Außenminister. Dann hatte er längere Unterredungen mit dem französischen Außenminister Delbos und dem Außenminster Rumäniens, Antonescu.

Die Heimwehr-Verhandlungen.

Wien, 20. September. Die aus Innsbruck in Wien eingetroffenen Meldungen über die Vorgänge in der Tiroler Heimwehr legt man allgemein dahin aus, daß sich die Tiroler Heimatschützer endgültig von der Führung Starhembergs losgesagt haben. Die Wendung „Abkehr von der zentralistischen Tendenz“ in der Freitagrede des Tiroler Landesführers Dr. Gerber vor den Tiroler Heimwehrunterführern kann in Wien nicht anders verstanden werden. Weiter wird bekannt, daß die Tiroler Heimwehr den ehemaligen Heimwehrbundesführer von Tirol, Dr. Steidle, nach Innsbruck zurückberufen habe. Steidle war seinerzeit von Starhemberg abgesetzt und später zum österreichischen Generalkonsul in Triest ernannt worden. Seine Wiedereinstellung in die von ihm gegründete Tiroler Heimwehr bedeutet eine Abkehr von Starhemberg.

Die Verhandlungen um die Neugestaltung des Heimatschutzes, die am Freitag und Sonnabend in der Wiener Bundesführung geführt wurden, sind, wie verlautet, bisher zu keinem Ergebnis gelangt. Während man ursprünglich annahm, daß Starhemberg diese Besprechungen selbst leiten würde, hat er den Vorsitz bei den Verhandlungen überraschenderweise dem Bundesführer-Stellvertreter Wenninger überlassen. Starhemberg selbst ist am Freitag nach Totis, dem Schloß des Grafen Esterhazy in Ungarn, abgereist.

„Pester Lloyd“ über die französischen Balkanreisen.

Budapest, 20. September. Im Zusammenhang mit den von französischer Seite für die nächste Zeit angekündigten Werbereisen französischer Minister nach den Ländern der Kleinen Entente, insbesondere zu der angekündigten Reise des Ministerpräsidenten Blum, des Außenministers Delbos und des Luftfahrtministers Cot nach Bukarest gibt Pester Lloyd die grundsätzliche Stellung maßgebender Kreise zur Frage der Einhaltung der Schlußverträge des Weltkrieges wieder.

Das Blatt stellt zunächst fest, daß in Paris lebhaftes Mißbehagen angesichts der einander widersprechenden und sich sogar bekämpfenden Gegensätze innerhalb der Kleinen Entente bestehe. Die französischen Kabinettsminister hätten beschlossen, dieses für Frankreich unzuverlässige besondere Einflußgebiet Frankreichs wieder in Ordnung zu bringen. Die Südosteuropa-Politik Frankreichs sei ausschließlich auf die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes abgestellt, während die gesamte europäische Entwicklung dynamisch sei und die Wandelbarkeit der Verträge zeige. Vom Versailler Vertrag sei sozusagen kein einziges Stück übriggeblieben. Das deutsche Volk habe im Bewußtsein der eigenen Kraft dieses Werk vollbringen können. Die kleine ungarische Nation könne nicht den gleichen Weg einschlagen, um nicht den Widersachern Gelegenheit zu bewaffnetem Einschreiten zu liefern. Ungarn warte aber ruhig auf seine Stunde, die kommen werde. Die angekündigte Reise der französischen Minister werde in Ungarn ruhig und selbstsicher hingenommen. Es bestehe heute schon die Gewißheit, daß die Interessengegensätze innerhalb der Kleinen Entente sich zu einem Auflösungsprozeß verdichtet hätten. Frankreich werde zu der Einsicht gelangen müssen, daß der Donaufriede nur im Einvernehmen mit Ungarn aufrechterhalten werden könne.

Wahlen in Schweden.

Stockholm, 20. September. Am 20. September fanden in Schweden die Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages statt. Es waren in etwa 28 Wahlkreisen 230 Abgeordnete mit rund 2,5 Millionen Stimmen zu wählen.

Die bisherige Zusammensetzung der Zweiten und für die Politik des Landes maßgeblicheren Kammer des Reichstages war folgende: Sozialdemokraten 102, Rechtspartei 53, Bauernbund 37, Volkspartei 25, Linkssozialisten und Kommunisten zusammen 10 und Jungnationale 3 Abgeordnete.

Die Hauptfront des Wahlkampfes bildeten die vier großen Parteien des Reichstages, von denen die Sozialdemokraten durch ihre entscheidenden Erfolge bei den letzten Wahlen zur Zweiten Reichstagskammer im Jahre 1932 zur stärksten Partei des Landes aufrückten, ein Erfolg, der aber schon bei den Kommunalwahlen 1934 deutliche Zeichen eines Stillstandes verriet, der vielfach bereits als Beginn eines Rückganges zugunsten der Kommunisten und Linkssozialisten gedeutet wurde. Die 1932 auseinandergegangenen und 1934 wieder vereinigten Liberalen und Freisinnigen nehmen erstmalig wieder geschlossen als sogenannte „Volkspartei“ mit großem Propagandaaufwand an den Reichstagswahlen teil. Von entscheidender Bedeutung bei dieser Wahl ist es, ob es den Marxisten zusammen oder den Sozialdemokraten allein gelingen wird, die wenigen Sitze zu erobern, die für eine Mehrheit in der Zweiten Kammer erforderlich sind. Es handelt sich um etwa 5 bzw. 13 Sitze.

Haussuchungen bei Kommunisten in Belgien.

Brüssel, 19. September. Auf Anweisung des Justizministers nahm die Staatsanwaltschaft am Freitag und Sonnabend in Brüssel, im Borinage und im Lütticher Bezirk umfassende Haussuchungen bei Kommunisten und Anhängern der Trotzki-Partei vor. Bis jetzt sollen mehr als 100 Haussuchungen stattgefunden haben. Zahlreiche belastende Schriftstücke und auch Waffen wurden beschlagnahmt. In Charleroi hat die Polizei Listen entdeckt, in denen alle Unterkunftsräume der bei den Linksrevolutionären besonders verhaßten staatlichen Gendarmerie und die wichtigsten öffentlichen Gebäude verzeichnet waren.

Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte am Sonnabend auch die Mappe, die ein Waffenaufkäufer der Madrider Regierung in Belgien verloren hatte. Aus den Schriftstücken, die die Mappe enthielt, geht hervor, daß sich die marxistische spanische Regierung bei ihren Waffenankaufsversuchen bekannter Persönlichkeiten der belgischen Sozialistischen Partei bedient.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.